

LOTHAR SCHRÖTER

Ein neuer Bellizismus für das 21. Jahrhundert?



Lothar Schröter – Jg. 1952, Major a.D. der Nationalen Volksarmee (NVA). Dozent Dr.sc.phil., 1974-1990 am Militärgeschichtlichen Institut der DDR Potsdam als wissenschaftlicher Assistent, Oberassistent und Dozent. 1981 Promotion. 1987 Habilitation. 1988/89 Ergänzungsstudium Militärwissenschaft mit Fachabschluß Taktik der Landstreitkräfte an der Militärakademie »Friedrich Engels« Dresden. 1986-1990 Fachgruppenleiter »Militärgeschichte der BRD«. 1990 Abteilungsleiter »Militärgeschichte der NATO und der BRD«.

Seit 1989/90 verändert sich die Welt an ihren Fundamenten. In Europa verschwand ein ganzes Weltsystem, obendrein mit seiner Führungsmacht. Es hätte eine Alternative sein sollen zu einer Gesellschaftsordnung, die für viele ursächlich mit Ausbeutung und Krieg verbunden ist. Und nun: Unfaßbares ereignete und ereignet sich, nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges kaum noch von jemandem für denkbar gehalten. In Europa wurde 1999 ein Krieg geführt, eröffnet von der NATO, dem übriggebliebenen, übermächtigen Militärblock, gegen Jugoslawien, einem Mitglied der UNO und Gründungsmitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Zugleich ist die frühere Weltmacht Rußland in Tschechien in einen blutigen Bürgerkrieg verwickelt. Wäre all dies möglich gewesen, bestünde die Welt noch so, wie sie bis 1989/90 war? Oder was ist nach dem realsozialistischen Systemzusammenbruch an den Wurzeln der Krieg-Frieden-Frage geschehen?

Im Kern handelt es sich offensichtlich darum, daß die Betrachtungsweisen zur Gewalt und zum Krieg als Mittel der Politik fundamental in Bewegung geraten sind. Jahrzehnte der Blockkonfrontation hatten die Streitkräfte in Ost und West auf Abschreckung fixiert. Losung: Krieg führen können, um ihn nicht führen zu müssen. Auch nach der Öffnung der Archive in den meisten Staaten des früheren Warschauer Vertrages gibt es keinerlei Hinweise darauf, daß dieses Bündnis andere Ziele als solche der Verteidigung verfolgte. Für die NATO stellte einer der wohl wichtigsten Aufklärer der DDR im Brüsseler Hauptquartier des Bündnisses, Rainer Rupp, fest, daß sie in seiner aktiven Zeit »strukturell nicht angriffsfähig war.« Das hieß für ihn, »daß die USA in all ihrer Aggressivität nicht dazu fähig waren, in der NATO, in die die anderen europäischen Verbündeten integriert waren, langfristig auf einen Krieg zu planen und das auch durchzusetzen.« »Die Hauptmitglieder in Europa schreckten zu sehr vor einem Konflikt zurück.«¹

Unzweifelhaft erleben wir jetzt aber einen Umbruch. Er begründet sich zunächst durch die Auflösung des realsozialistischen Gleichgewichtsfaktors. Dazu Rupp: »In dem Moment, da man nicht mehr dafür bezahlen muß und da die Gefahr wegfällt, sind Strukturen, die damals schon in der NATO deutlich waren, natürlich stärker zum Tragen gekommen und deutlicher hervorgetreten. Heute kann die NATO einen Krieg führen, für den sie nicht mehr bezahlen muß.«²

Dieser Umbruch vollzieht sich aber auch, hier liegt ein wesentlicher Akzent, im Kontext einer tiefgehenden gesellschaftlich-politi-

1 Rainer Rupp: Was machen Sie nach dem Knast? In: junge Welt, 29./30. Juli 2000.

2 Ebenda.

schen Diskussion. Sie kreist darum, ob und, wenn ja, wie militärische Gewalt für solche umfassenden Werte wie Wahrung der Menschenrechte, Verhinderung von Völkermord, gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie zur Bekämpfung von Sezessionsbestrebungen und zur Abwehr von Terrorismus eingesetzt werden kann und darf.

Diese Debatte muß eigentlich überraschen. Denn schon 1928 wurde der Briand-Kellogg-Pakt unterzeichnet, der gleich in Art. I »den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle«³ verurteilte. Die UNO-Charta von 1945, die in Artikel 2 Ziffer 4 bereits die Androhung und erst recht die Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen, von zwei Ausnahmen abgesehen, verbietet, ist notifiziertes Völkerrecht. Ebenso die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975. Sie formuliert als Hauptprinzipien für die internationalen Beziehungen u.a. die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die friedliche Regelung von Streitfällen, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die territoriale Integrität der Staaten, das Verbot der militärischen Besetzung des Territoriums und die Verpflichtung zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten.⁴ Und es sei gerade in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß sich die Hauptkontrahenten der Blockkonfrontation des Kalten Krieges in dessen letzten zwei Jahrzehnten darüber verständigten, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr ist und sein darf.⁵ Artikel 103 der UNO-Charta antwortet schließlich jenen, die vielleicht in gutem Glauben für die Verteidigung der Menschenrechte auch die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt halten, indem er der Friedenssicherung eindeutig Priorität vor allen anderen Aufgaben einräumt: »Widersprechen sich die Verpflichtungen von Mitgliedern der Vereinten Nationen aus dieser Charta und ihre Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, so haben die Verpflichtungen aus dieser Charta Vorrang.«

Man muß sich vergegenwärtigen, was es bedeutet, erneut die Problematik der Rechtmäßigkeit und Opportunität militärischer Gewaltanwendung, zu welchen Zwecken auch immer, in den internationalen Beziehungen aufzuwerfen. Es bedeutet, das gesamte System des Völkerrechts, wie es sich als Konsequenz aus den zwei verheerenden Weltkriegen besonders nach 1945 herausgebildet hat, in Frage zu stellen. Lange vor dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien kam eine Studie der Bundeswehruniversität Hamburg zu dem treffenden Urteil: »Unter dem Aspekt der Entwicklung des internationalen Rechts würde (dies – L. S.) die Rückkehr zur Situation vor Inkrafttreten der Satzung (sogar – L. S.) des Völkerbundes im Jahre 1919 bedeuten, als es noch im Belieben eines Staates oder mehrerer Staaten stand, sich selbst die Legitimation für militärische Aktionen gegen einen oder mehrere andere Staaten zu erteilen.«⁶

Die Welt tritt also in eine Grundsatzdiskussion, die sie eigentlich glaubte, schon lange hinter sich zu haben. Ist dies zunächst erst einmal eine völlig wertfreie Aussage, drückt es Ernst-Otto Czempiel, viele Jahre Leiter des Hessischen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung, mit Blick auf den Balkankrieg und die Hauptinitiatoren der Debatte drastisch aus: »Vorwärts ins 19. Jahrhundert.« Er

3 Zit. nach: Helmuth Stöcker (Hrsg.): Handbuch der Verträge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente der internationalen Beziehungen, Berlin 1968, S. 254.

4 Siehe Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Auszüge), in: Klaus von Schubert (Hrsg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977, Teil 1, Köln 1978, S. 434f.

5 Bei Lichte betrachtet aber war die Absage an Krieg und Gewalt in den politikbestimmenden Kreisen selbst in jenen Jahren nicht durchgängig akzeptierte Grundwahrheit, als die nukleare Apokalypse drohte. West und Ost ließen Stellvertreterkriege führen. Zum Teil massiv griffen die USA in Vietnam, Panama, Grenada sowie in anderen Ländern und die Sowjetunion in Afghanistan militärisch ein. Jenseits aller Sonntagsreden wurde mitunter auch einmal Klartext gesprochen. Schon 1961 postulierten in den USA konservative Ideengeber: »Ist es unsere Absicht, den Kommunismus zu bekämpfen, so folgt daraus, daß unser alles überragendes Ziel nicht die Bewahrung des Friedens um jeden Preis sein kann, sondern die Zerstörung der aggressiven Kräfte des Kommunismus.« (Robert Strausz-Hupé, William R. Kintner, Stefan T. Possony: A Forward Strategy for America, New York 1961, p. 404. Zit. nach Burkhard Koch: Neokonservative Ideologie und USA-Konfrontationsstrategie, IPW-Forschungshefte, Nr. 2/1986, S. 31.). Gegner und Verbündete, so der USA-Politiker Lawrence S. Eagleburger

1984, müßten wissen, »daß wir notfalls bereit sind, im Dienste unserer Politik Gewalt anzuwenden.« (Zit. nach Eagleburger: »Wir brauchen europäische Ideen«, in: Die Zeit, 27. April 1984). Der damalige Außenminister und vorherige Oberste Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, General Alexander M. Haig, hatte in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« vom 11. September 1981 in gleichem Geiste und mit einem Wort, das um die Welt ging, räsoniert: Es gebe Wichtigeres als den Frieden. Dem stimmte sein früherer Amtskollege Henry A. Kissinger »im Prinzip« zu. (Siehe Die Philosophie des Friedens gegen die Ideologie des Krieges, Berlin 1984, S. 148, 251.). Auch in der BRD wurde die Diskussion »Nicht der Frieden ist das Höchste der Güter« (So der Leiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg, Basisilium Streithofen, in einer Adresse an den CDU-Bundesparteitag 1981. [Zit. nach Karen Schönwälder: Frieden wollen wir doch alle. Konservative Reaktionen auf die Friedensbewegung der 80er Jahre in der Bundesrepublik, in: Reinhard Kühnl, Karen Schönwälder (Hrsg.): Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart, Köln 1986, S. 267.]) besonders von den Konservativen und gerade zu den Brennpunkten der Systemauseinandersetzung wie bei der »Nachrüstungs«-Debatte in den achtziger Jahren immer wieder angefacht. Der Ansatz, daß der (Nuklear-) Krieg im Extremfall durchaus ein Mittel der Politik sei, durchzieht die gesamte Geschichte der NATO. Denn bereits in

erläutert: »Schon im 19. Jahrhundert wurde kritisiert, daß die Großmächte schnell und gern zu ihren Waffen, aber ganz ungern zur Brieftasche greifen, wenn es beim Nachbarn etwas zu richten gibt. Insofern verortet sich die NATO-Intervention selbst im 19. und nicht im 21. Jahrhundert. Auch ordnungspolitisch griffen die NATO-Bomben keineswegs einer zukünftigen europäischen Innenpolitik vor, sondern auf Traditionen der vergangenen Staatenwelt zurück, in der die Kanone nicht nur das letzte, sondern das einzige Argument der Könige war. Auch der Begriff der ›humanitären Intervention‹ stammt aus jenen Tagen, bemäntelte schon damals nackte Machtpolitik.«⁷

Wenn Czempiels Analyse zutrifft, dann droht der Rückfall auf das Grundprinzip des Völkerrechts der archaischen Gesellschaften, auf das »ius ad bellum«, das Recht auf Krieg. Als Ausfluß der verschiedenen, vor allem aber ökonomisch bedingten Ursachen für Konflikte und Kriege war es der Ausgangspunkt dafür, daß die Menschheit seit ihrer Existenz nur 282 Jahre Frieden erlebt hat. In nachgerade klassischer Form ist es in der Geburtsurkunde der einzigen heute verbliebenen Supermacht niedergelegt. Mit der Unabhängigkeitserklärung der 13 vereinigten Staaten von Amerika vom 4. Juli 1776 beanspruchten diese »das uneingeschränkte Recht ..., Krieg zu führen ...«⁸ Dieser Satz ist nie revidiert worden. Jeder kann sich ohne Schwierigkeiten ausmalen, welche Konsequenzen die Wahrnehmung dieses »Rechtes« in den hochkomplexen Gesellschaften der Jetztzeit haben wird, in denen fünf offizielle und mehrere inoffizielle Kernwaffenstaaten bestehen.

Erfährt das bellizistische Denken nach dem Ende der Systemauseinandersetzung eine Renaissance? Das muß befürchtet werden. Ohne Umschweife erklärte zum Beispiel General a. D. Klaus Naumann, als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses einer der uniformierten Hauptverantwortlichen für die NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien, den Krieg indirekt zum nutzbaren Mittel der Politik. Nur müsse man dann bereit sein, »eigene Verluste hinzunehmen ... und zu eskalieren, bis das Ziel erreicht ist.«⁹ Vergessen scheint zu sein, was Benjamin Franklin, der große alte Mann an der Wiege der Weltmacht USA 1773 sagte: »There never was a good war or a bad peace.« Ebenso zu den Akten gelegt offenbar die Mahnung seines Landsmannes Martin Luther King knapp 200 Jahre später: »Die größte Schwäche der Gewalt liegt darin, daß sie gerade das erzeugt, was sie vernichten will. Statt das Böse zu verringern, vermehrt sie es. Es gibt in dieser Welt keine Wahl mehr zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit. Entweder Gewaltlosigkeit oder Nichtexistenz. Genau an diesem Punkt stehen wir heute.«

Betrachtet man den NATO-Jugoslawien-Kosovo-Krieg, werden die prinzipiellen Fragen des Völkerrechts und die Antworten des Nordatlantischen Bündnisses darauf deutlich. Ganz offensichtlich ist die NATO-Aktion gegen Jugoslawien nicht mit dem geschriebenen Recht des Kapitels VII der UNO-Charta, insonderheit mit den Artikeln 42 und 51, aber auch mit dem Artikel 2 des Verbots der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen, in Übereinstimmung zu bringen ist. Diese Artikel gehören aber zu den tragenden Säulen der internationalen Ordnung seit 1945. Damit steht diese Ordnung zur Disposition. Dies um so

mehr, als gleichzeitig bis in die obersten Führungen der einflußreichsten NATO-Staaten die Auffassung vertreten wird, das Völkerrecht habe sich weiterentwickelt, so durch die NATO-Aktion selbst. Das bedeute im Ergebnis, daß innere Angelegenheiten eines Staates nicht mehr in jedem Falle als innere Angelegenheiten zu behandeln seien, sondern nötigenfalls »völlig legitim« durch Einmischung von außen reguliert werden könnten, militärische Gewalt nicht ausgeschlossen. Ganz unverblümt dazu der FDP-Bundestagsabgeordnete Helmut Haussmann: »Humanitäre Interventionen der demokratischen Staatengemeinschaft gegen massive Menschenrechtsverletzungen sind seit dem Kosovokonflikt keine völkerrechtswidrige Einmischung in innere Angelegenheiten mehr.«¹⁰

Zuerst wird bestimmt, wer zur demokratischen Staatengemeinschaft gehört, dann wird eigenes Recht gesetzt, und schließlich wird dieses eigene Recht kraft eigener Machtvollkommenheit zum Völkerrecht erklärt. Das ist die Aufkündigung der UNO-Charta, aber auch der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki von 1975 in einem ihrer zentralsten Punkte. Das ist aber, mehr noch, auch die Absage an die jahrhundertalte politische und diplomatische Praxis, wonach Völkerrecht kodifiziert sein muß, nicht einseitig ge- und erst recht nicht durch ein einseitig verfügtes »Gewohnheitsrecht« ersetzt werden kann. Und es ist letztlich auch die Negation des »pacta sunt servanda«, eines der Stützpfeiler des friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens der Nationen. Sollte das völkerrechtliche Verständnis Haussmanns und seiner Gesinnungsfreunde Schule machen, würde Vertragsbruch wie zu Zeiten der Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts etwas, worauf sich alle einzustellen hätten. Die Folgen für die internationale Gemeinschaft wären unabsehbar.

Die Regelungen der internationalen Ordnung, wie sie die Welt seit 1945 kannte und die sich nun massivsten Angriffen zu erwehren hat, zwangen im Zusammenspiel mit der tödlichen Drohung der nuklearen Selbstvernichtung der Menschheit zum Interessenausgleich und zum Kompromiß. Das war die Grundidee der friedlichen Koexistenz. Auf dieser Basis entwickelte die Friedens- und Konfliktforschung Theorien, die ihrerseits Eingang in die praktische Politik fanden. Sie trugen maßgeblich zur Entspannung sowie Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in den siebziger und achtziger Jahren bei. Zu ihnen zählten solche wie die Hinlänglichkeit militärischer Kapazitäten, die gesicherte Verteidigungsfähigkeit, das unbedingte Erfordernis der Berücksichtigung legitimer Sicherheitsinteressen aller Seiten und die fundamentalen Erkenntnisse, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr ist und sein darf, daß militärische Gewalt politische Probleme nicht löst, sondern bestenfalls vertagt, in der Regel aber verschlimmert und daß Sicherheit nur mit den potentiellen Gegnern und nicht gegen sie zu erreichen ist. Im Warschauer Vertragsbündnis wurde daraus 1987 mit der neuen Militärdoktrin, die nun einen streng defensiven Charakter annahm und in den Streitkräften auch so umgesetzt wurde, die Konsequenz gezogen. In der NATO erhoben sich zunehmend Zweifel an den Bedrohungsszenarien und an der Doktrin der Abschreckung, die die Aufrüstung immer nur stimuliert hat. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der inhaltlich an

seiner Rede an der Baylor-Universität in Waco/Texas am 6. März 1947 hatte USA-Präsident Harry S. Truman geäußert, daß die Freiheit, besonders die unternehmerische Freiheit, von den Amerikanern noch höher bewertet werde als der Frieden.

6 Konfliktmanagement durch militärische Intervention? Dilemmata westlicher Kosovo-Politik. Studie des Instituts für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg vom August 1998. Zit. nach: junge Welt, 28. Oktober 1998.

7 Ernst-Otto Czempel: Vorwärts ins 19. Jahrhundert, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, Potsdam, 24. März 2000.

8 Zit. nach: Anspruch und Wirklichkeit. Zweihundert Jahre Kampf um Demokratie in den USA. Dokumente und Aussagen, Berlin 1976, S. 20.

9 Klaus Naumann: Die NATO nach dem Kosovo-Krieg, in: Die Welt, 7. Juli 1999.

10 Zit. nach: Kein Modell für die Lösung von Konflikten. Politiker zu Bewertung und Folgen der NATO-Intervention in Jugoslawien, in: Neues Deutschland, 24. März 2000.

11 Heinemann sagte:
 »Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.«

12 Richard von Weizsäcker, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 72, 8. Juli 1989, S. 631.

13 Siehe S.L. Uttschenko: Cicero, Berlin 1978, S. 246.

die These Gustav Heinemanns, eines seiner Vorgänger, vom Frieden als dem Ernstfall¹¹ anschloß, kam noch 1989 zu dem Ergebnis: »Heute findet der Wehrdienst seinen der Vernunft einseharen Zweck und seine sittliche Rechtfertigung allein in der Verhinderung eines Krieges ... Wehrdienst ist Kriegsverhütungsdienst. Wird dieses Ziel verfehlt, ist der Dienst am Ende seiner Brauchbarkeit angeht.«¹² Mindestens jedoch gehörte ab Mitte der achtziger Jahre zum politischen Gemeingut, daß Krieg nur ein erzwungener Akt sein könne, daß es nur einen Kriegsgrund geben könne – den Schutz des eigenen Landes. Doch das war eigentlich durchaus nicht neu, denn schon 2000 Jahre zuvor hatte dies Marcus Tullius Cicero, der große römische Rhetor, Literat, Politiker und Philosoph den Politikern ins Stammbuch geschrieben.¹³

Wir sehen: Neben den kodifizierten und tragfähigen völkerrechtlichen Regularien für die internationalen Beziehungen entstand ein integriertes stabiles Gebäude von Theorien und Ansichten in der Krieg-Frieden-Problematik. Dies war nicht einfach und brauchte mehrere Jahrzehnte. Im Zeitraffer betrachtet war damit, ungeachtet vieler und herber Rückschläge, zugleich ein ungeheurer Lernprozeß der Menschheit und in gewisser Weise auch ein Kultursprung verbunden: Es bildete sich sozusagen eine Gewohnheit wachsender militärischer Zurückhaltung heraus. Vertrauen zwischen häufig lange verfeindeten Völkern, Nationen und Staaten baute sich Fundamente. Die Welt erlebte einen zivilisatorischen Fortschritt. Alles zusammen genommen war in der Lage, den Frieden in einer Periode zu erhalten, die durch den antagonistischen Widerspruch konträrer Staats- und Gesellschaftsordnungen und feindlicher hochgerüsteter Militärböcke gekennzeichnet war. Ein größeres Widerspruchspotential ist kaum vorstellbar. Es kam sogar zu fruchtbringender, beiderseits nützlicher Kooperation.

Alle politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen müssen sich darüber klar werden, was ein radikaler Bruch mit dieser Vergangenheit bedeuten würde.

Man kann es indessen drehen und wenden, wie man will: Tatsache ist zugleich, daß die Welt etwas Neues braucht, weil sie wirklich nicht mehr so ist, wie sie war. Ganz oben: Die Bipolarität der Weltsysteme, die den internationalen Beziehungen nach 1945 ihr Gepräge verliehen und sie in ein spezifisches System gebracht hatte, existiert seit 1989/90 nicht mehr. An ihre Stelle ist eine unipolare Welt unter der Ägide der USA und der mit ihnen verbündeten hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten getreten, den Siegern des Kalten Krieges. Unterhalb ihrer unerreichbaren Dominanz bewegen sich mannigfaltige Substrukturen, in der die frühere Zweite und Dritte Welt sowie herabgesunkene Teile aus der Ersten Welt aufgegangen sind. Auch diese Substrukturen haben sich verändert und verändern sich weiter – aus Gründen des fortschreitenden sozioökonomischen Abstiegs und für viele durch den Wegfall der realsozialistischen Bündnispartner.

Wir haben es also mit einer Weltsituation zu tun, die es so noch nicht gegeben hat. Seit man von Weltpolitik im eigentlichen Sinne sprechen kann, und das ist erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Fall, als dann auch Weltkriege möglich wurden,

verzeichnete man zunächst den imperialistischen Streit mehrerer Großmächte. Nach 1917 sodann die Fortsetzung dieses Streits bei Heraufziehen des Systemantagonismus und schließlich die West-Ost-Konfrontation im Kalten Krieg. Man hatte es stets mit Multibeziehungsweise Bipolarität zu tun. Bis 1945 im übrigen, ohne daß die Peripherie – die spätere Dritte Welt – eine zählbare Rolle gespielt hätte. Nun aber gibt es nur noch eine einzige Weltmacht. Jedenfalls betrachtet sie es selbst so. Sie sieht nach den Worten von Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater von Präsident James E. Carter, gegenwärtig auf der eurasischen Kontinentalmasse nur »amerikanische(n) Vasallen und tributpflichtige(n) Staaten ... , von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären.«¹⁴ sowie in »Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat ...«¹⁵

Für die Welt wird es schicksalhaft sein, wie die omnipotente Supermacht USA mit ihrer Omnipotenz umgeht. Wird sie den sich zuspitzenden Existenzfragen der Menschheit – Unterentwicklung, Verelendung, Bevölkerungsexplosion, Klimakatastrophen, Verknappung der Rohstoffreserven, Kriege und Konflikte in vielen Teilen der Erde – mit einer zukunftstauglichen, nachhaltigen Strategie begegnen? Wird sie nach dem Sieg im Kalten Krieg den Weg des Ausgleichs und des gerechten Teilens in einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung gehen? Wird sie nun, gemeinsam mit ihren reichen Partnern in Westeuropa und Japan, Ernst machen mit dem, was die USA in ihrer Unabhängigkeitserklärung ja für alle Menschen feierlich festgeschrieben hatten: »Wir halten es für selbstverständliche Wahrheiten, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, zu denen das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück gehören.«¹⁶

Oder wird sie die entgegengesetzte Richtung einschlagen? Wird sie Sicherheit und Prosperität nur für sich und allenfalls noch für ihre Bündnispartner wollen? Das hieße, den Rest der Welt aufzugeben und Abschottung mit allen Konsequenzen, auch militärischen. Und doch würden die Dämme für alle Zukunft nicht halten. Wird sie jene völkerrechtlichen Regularien, die die Zivilisation über ein halbes Jahrhundert haben überleben lassen, so über Bord werfen, wie es nach dem Jugoslawien-Kosovo-Krieg den Anschein hat? Dann schließe sie mit unabsehbaren Konsequenzen die Warnung des Gründungspräsidenten der USA, George Washington, in den Wind. Kaum daß der Befreiungskrieg gegen England gewonnen war, mahnte er für sein Land eindringlich: »Präzedenzfälle sind gefährliche Dinge. Haltet die Zügel ... straff und in fester Hand, und straft jede Verletzung der Verfassung. Ist diese fehlerhaft, so verbessert sie, aber es darf nicht geduldet werden, daß auf ihr herumgetreten wird, solange sie besteht.«¹⁷ Und werden die USA und ihre Verbündeten, die heute fünf Achtel der Weltmilitärausgaben bestreiten, ungeachtet ihres schon jetzt auf lange Zeit unaufholbaren militärischen Vorsprungs erneut den Weg der Überrüstung beschreiten? Dann hätten sie die gedankliche Tiefe von Henry A. Kissinger nicht begriffen, der in seinen Memoiren für die Geschicke der Menschheit ausführte: »Wenn wir etwas aus der Geschichte lernen können, dann, daß es ohne

14 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim/Berlin 1997, S. 41.

15 Ebenda, S. 92.

16 Zit. nach: Anspruch und Wirklichkeit, a.a.O., S. 16.

17 Zit. nach: Franz Herre: George Washington. Präsident an der Wiege einer Weltmacht, Stuttgart 1999, S. 253.

18 Henry A. Kissinger:
Memoiren, Bd. I 1968-1970,
München 1981, S. 83.

19 Zit. nach: Norman
Paech: Die Neue NATO-
Strategie – Neues Völker-
recht? In: Joachim
Hösler/Norman Paech/Ger-
hard Stuby: Der gerechte
Krieg? Neue NATO-Strate-
gie, Völkerrecht und West-
europäisierung des Balkans,
Bremen 2000, S. 48.

20 Zit. nach: Egon Bahr:
Zu meiner Zeit, München
1998, S. 157.

21 Jewgeni M. Primakow:
Kalter Krieg oder warmer
Friede? In: Die Welt, 6. Juli
1999.

Gleichgewicht keinen Frieden und ohne Beschränkung keine Ge-
rechtigkeit gibt.«¹⁸

Man muß skeptisch sein. Deprimiert schrieb der frühere General-
sekretär der Vereinten Nationen Boutros Boutros-Ghali knapp ein
Jahrzehnt nach Ende des Kalten Krieges: »Es dauerte längere Zeit,
bis ich mich der Einsicht stellte, daß die USA keine Diplomatie
brauchen; Macht genügt.«¹⁹

Siege in Kriegen, auch in Kalten Kriegen, sind eine höchst ambi-
valente Sache. Viel wichtiger noch, als die Sieger mit den Besiegten
umgehen – die Erfahrungen liegen seit 1989/90 vor, doch das hat
sich nach ein, zwei, höchstens drei Generationen erledigt – ist, wie
sich die Sieger ihrem Sieg stellen. Die meisten, von ihren eigenen
Erfolgen von Schwindel befallen, haben in der Geschichte kraß ver-
sagt. Weil sie den Sieg mit den gleichen Mitteln bewältigen wollten
wie den Krieg. Einer von den großen Siegern der Vergangenheit, der
Iron Duke, also Arthur Wellesley Herzog von Wellington, stößt uns
mit der Nase drauf: »Nur die Niederlage ist schlimmer als der Sieg.«
Wenn es richtig sein sollte, daß der Erfolg des Westens im Kalten
Krieg Ergebnis der Politik der Stärke war und daß selbst seine Ent-
spannungspolitik sich darin einordnete, weil sie, wie Egon Bahr be-
stätigt, lediglich eine »Aggression auf Filzlätschen«²⁰ war – ist es
dann nicht höchste Zeit innezuhalten und nach wirklich tragfähigen
Konzepten für die Zukunft zu forschen? Statt den ausgetretenen
Pfadern einer mehr als 5000jährigen verhängnisvollen Vergangenheit
zu folgen, wo mit jedem der Siege und dem Versagen danach die
Saat für die neuen, immer verheerender gewordenen Konflikte ge-
legt wurde? Der österreichische Soziologe Joseph Schumpeter
warnte schon vor achtzig Jahren: Führungseliten, die nach erfolg-
reich getaner Arbeit nicht ausgewechselt werden, neigen dazu, die
von ihnen erprobten Strategien auch unter völlig veränderten Bedin-
gungen fortzuführen. Kann der Westen tatsächlich darauf vertrauen,
daß die beiden gedemütigten Kolosse der zurückliegenden zehn
Jahre, die Riesenreiche Rußland und China, sich auch fürderhin in
die ihnen zuge dachte Rolle als periphere Mächte fügen werden?
Liegt es nicht auf der Hand, daß sie allmählich ein strategisches
Bündnis eingehen werden, vielleicht mit Indien als Drittem im
Bunde? Der russische Präsident Wladimir W. Putin hat unmittelbar
nach seiner Wahl vom 26. März 2000 eine Überprüfung der Außen-
politik seines Landes angekündigt. Und der frühere Ministerpräsi-
dent Jewgeni M. Primakow warnte, daß die Politik der USA und der
NATO dazu führe, daß »Rußland seine Gefechtsfähigkeit steigern«
werde, was »wiederum auf die innenpolitische Lage in unserem
Land durchschlagen, die Demokratisierung behindern und isolatio-
nistische Tendenzen fördern (wird)«²¹

Militärisch, ökonomisch und technologisch mag der Westen, dazu
getragen von einer breiten Identifikation der Menschen mit seinem
Staats- und Gesellschaftsmodell, noch lange unerreichbar sein. Über
Sein oder Nichtsein der Zivilisation entscheidet er aber nicht allein
– ein kardinaler Unterschied zu allen Hegemonialsystemen der Ge-
schichte vor dem Aufkommen der Kernwaffen. Es ist die Herausfor-
derung eines neuen Kalten Krieges und eines abermaligen Wettrü-
stens anderer, aber nicht weniger gefährlicherer Qualität, die sich am

Horizont abzeichnet. Vor einigen Monaten hat Rußland eine neue Militärdoktrin beschlossen. Wenig ist über sie bislang bekannt. Doch vieles deutet darauf hin, daß sie einen nuklearen Ersteinsatz nicht mehr ausschließt, ja daß Kernwaffen unter Umständen auch in konventionellen Kriegen zum Einsatz kommen könnten. Auch sollen die Streitkräfte wieder deutlich mehr Mittel als in den zurückliegenden Jahren erhalten. Die Verteidigungsindustrie soll erneut angekurbelt werden. Fragt man sich im Westen nicht, ob er an dieser gefährlichen Wendung nicht mitschuldig ist? Und wie will er darauf reagieren? Auf einen groben Klotz einen groben Keil?

Weil die Giganten Eurasiens in den Schlüsselbereichen der Macht nicht mithalten können, werden sie asymmetrische Antworten geben. Zu asymmetrischen Antworten werden sich noch viele andere Länder herausgefordert sehen, die dem Westen noch weniger Paroli bieten können. Von ihm zurückgewiesen oder sogar militärisch eingeschüchtert, werden sie sich auf ihre gegen ihn definierten Interessen zurückziehen und möglicherweise in regionalen Bündnissen Zuflucht suchen. Einige werden eigene Massenvernichtungswaffen entwickeln wollen, denn der Krieg gegen Jugoslawien wäre nicht geführt worden, wenn das Land Nuklearmacht gewesen wäre. Wieder andere könnten im Terrorismus die Antwort suchen, durch den die komplexen Staats- und Gesellschaftssysteme der Industriestaaten höchst verwundbar sind.

All das beschwört eine geradezu unberechenbare Instabilität herauf, für die der Westen wenigstens mitverantwortlich wäre. Nehmen die USA und ihre Partner dies sehend in Kauf? Vielleicht gar bewußt, weil sie sich ohnehin außerstande sehen, die Probleme der Welt bei ihrer Wurzel zu packen und weil sie sich deshalb sagen: »Bauen wir unsere eigene Übermacht aus, damit wir durch eine neue Politik der Stärke das Ganze beherrschen, wohl wissend, daß dadurch oft das Recht des Stärkeren an die Stelle der Stärke des Rechts treten würde!« Oder bewahrheitet sich, daß das mit der Ausbeutung der Menschen und anderer Völker gekoppelte Streben nach maximalem Profit das Grundgesetz der kapitalistischen Marktwirtschaft ist, dessen gesetzmäßiger Ausfluß Rüstung und Krieg sind? Behalten jene recht, die die Regierungen der kapitalistischen Staaten als ausführende Organe mächtiger Wirtschafts- und Profitinteressen betrachten, weil sich diese Regierungen, so Alexander Hamilton, der Finanzminister George Washingtons, auf die Klasse der Besitzenden, der gesellschaftlichen Oberschicht stützen und eine deren Bedürfnissen entsprechende Politik betreiben?²²

Tatsächlich wird eine überzeugende Antwort gebraucht, wie Mord, Vertreibung, Folter, Vergewaltigungen und allen Arten von Menschenrechtsverletzungen begegnet werden soll und ob militärische Mittel dabei eine Rolle spielen können. Aber kann der Krieg gegen Jugoslawien eine Antwort für die Zukunft sein?

Auch Rußland führt Krieg – in Tschetschenien. Breit ist die Welle des Protestes und der Kritik am Vorgehen der Moskauer Zentrale in der abtrünnigen Kaukasusregion. Kaum jemand findet sich, der es verteidigt. Und in der Tat hat dieser Krieg Not und Elend über Hunderttausende Menschen gebracht. Ein Ende ist ungeachtet aller Erfolgsmeldungen nicht in Sicht. Auch hier ist, nebenbei gesagt, zu

22 Siehe Franz Herre, a.a.O., S. 327.

erörtern, wie ernst man es seinerzeit damit meinte, daß Krieg kein Mittel der Politik sein darf und politische Probleme mit Gewalt auf Dauer nicht gelöst werden können. Beide Seiten des Tschetschenienkrieges sind angesprochen, denn beide gingen aus den sowjetischen Führungsschichten hervor.

Doch damit allein ist es nicht getan. Die internationale Gemeinschaft muß sich dem Problem stellen, wie in der heutigen Zeit mit gewaltsamen Sezessionsbestrebungen umzugehen ist. Worin bestehen, wenn man einmal moralische Bewertungen beiseite läßt, die Unterschiede zwischen dem russischen Vorgehen in Tschetschenien und dem Bürgerkrieg in den USA 1861 bis 1865, als die Unionisten der Nordstaaten die Abspaltung der Konföderierten im Süden von den Vereinigten Staaten verhinderten und, was noch viel wichtiger ist, die bürgerliche Demokratie gegen eine brutale und historisch überlebte Sklavenhalterordnung verteidigten, wobei die Menschen auf beiden Seiten einen hohen Blutzoll entrichten mußten? Wie hat sich die Weltgemeinschaft und wie haben sich insbesondere die NATO-Staaten zu den Kolonialkriegen von Mitgliedsländern, die ja gegen die Völker dieser Kolonien zum Teil mit brutalsten Methoden geführt wurden, vor allem in den dreißig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg verhalten? Wie steht die Weltgemeinschaft zu den Desintegrationsbestrebungen in Nordirland, Spanien, Belgien und auf Korsika, die durchaus von beachtlichen Teilen der Bevölkerung getragen werden, und zu den häufig repressiven Reaktionen der Staatsmacht der betreffenden NATO-Partner darauf? Oder das prägnanteste Beispiel: Gegen den Krieg Moskaus wendet sich die westliche Politik vehement und zu Recht. Aber im Namen von Demokratie und Menschenrechten wurde gegen Jugoslawien ein mörderischer Krieg geführt. Gleichzeitig sehen die an diesem Krieg beteiligten Staaten mehr oder weniger tatenlos den Vertreibungen und Morden in Kurdistan zu, die der NATO-Partner Türkei zu verantworten hat. Mittlerweile sind vier Millionen Kurden vertrieben und 30 000 Menschen getötet, 4 000 kurdische Dörfer dem Erdboden gleichgemacht worden. Und trotzdem: Fast alle Waffen in den Beständen der türkischen Streitkräfte kommen von anderen NATO-Staaten, und der Rüstungsexport dorthin hält unvermindert an, wird mit der Lieferung einer Munitionsfabrik für Handfeuerwaffen und vielleicht doch noch von tausend deutschen Panzern »Leopard 2« sogar neuen Schwung bekommen. Die Haltung der USA, die 1994 im UNO-Sicherheitsrat die Entsendung von Truppen gegen den Völkermord in Ruanda blockierten, der am Ende eine halbe Million Tote kostete, und die über Jahrzehnte billige oder gar unterstützende Haltung des Westens in bezug auf die nun schon über fünfzig Jahre währende israelische Vertreibung Hunderttausender Palästinenser ließen sich anfügen.

Erst recht für eine Wertegemeinschaft, die die NATO sein will, tut sich hier das Problem des doppelten Maßes und der doppelten Moral auf. Damit ist Glaubwürdigkeit nicht zu erringen. Im Gegenteil. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die breite Öffentlichkeit nicht nur in zweitrangigen Fragen des Jugoslawienkrieges – ähnliches könnte man vom Tschetschenienkrieg annehmen – offenbar getäuscht worden ist. Er sei geführt worden im Namen der Menschenrechte. Das ist die zentrale These. Allein die Tatsache, daß die Initiatoren des

Krieges wiederum nur einige aus dem umfangreichen Katalog der Menschenrechte herausgriffen, die sie zu schützen vorgaben – seit Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948/Resolution 217 A (III) durch die UNO-Vollversammlung werden die Rechte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich (Artikel 22 bis 27) unterschlagen –, rechtfertigt es, sich auch den Mechanismen und den Ergebnissen massivster Meinungsmanipulation zuzuwenden. Wie sagte doch Jean Paul 1806: »Im längsten Frieden wird nicht so viel Unsinn und Unwahrheit (gesprochen) wie im kürzesten Krieg«? Oder Otto von Bismarck, dem das berühmte Wort zugeschrieben wird, daß selten so viel gelogen werde, wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.

Wenn im Krieg das erste Opfer die Wahrheit ist – wer wollte nach den Erfahrungen mit dem wahrheitswidrigen Konstrukt des Töning-Zwischenfalls von 1964, der die Begründung für das massive militärische Engagement der USA in Vietnam lieferte, und mit den häufig unwarhen Verlautbarungen vor und während des zweiten Golfkrieges daran zweifeln, daß auch bürgerlich-parlamentarische Ordnungen dabei skrupellos sind –, drängt sich nachdrücklich die Frage nach den tatsächlichen Gründen für die Waffengänge auf. Vor allem zur Prävention von Krieg und Gewalt müssen die tatsächlichen Ziele der beteiligten Seiten vor und während bewaffneter Zusammenstöße untersucht werden. Auch der Vergleich, so zwischen dem Balkan- und dem Tschetschenienkrieg, ist in dieser Beziehung legitim. Nicht, um etwa einen »schlechteren« und einen »besseren« Krieg herauszufiltern, sondern einzig und allein darum, jenseits der Empörung über sinnloses Leiden und Sterben Ursachenforschung zu betreiben, aber auch um argumentativ in die öffentliche Meinungsbildung eingreifen zu können.

Zu untersuchen ist ferner die Verhältnismäßigkeit der Mittel. In Rechtsstaaten gehört sie zu den obersten Prinzipien staatlichen Handelns. Welchen Preis an Menschenleben zahlen Tschetschenen und Russen im Kaukasuskrieg? Welche finanziellen Mittel gehen Rußland verloren, das wirtschaftlich am Boden liegt und in dem Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben? Welchen Sinn konnte der Jugoslawienkrieg haben, wenn 504 jugoslawische Zivilisten getötet (laut Urteil eines Belgrader Gerichts vom 21. September 2000; dazu kommen 546 Soldaten und 138 Polizisten)²³ und 6 000 verletzt wurden, wenn 200 Fabriken und Kraftwerke, 190 Schulen, fünfzig Krankenhäuser, fünfzig Brücken und Hunderte weitere zivile Objekte in Schutt und Asche sanken? Wurden hier nicht Lebensgrundlagen eines ganzen Volkes zerstört, um – in der Logik der NATO – bestenfalls Lebensgrundlagen eines anderen Volkes, der Kosovaren, zu erhalten? Zu den Wiederaufbaukosten von 30 Milliarden (Schätzung durch die Deutsche Bank²⁴) bis 60 Milliarden Dollar (Schätzung der jugoslawischen Führung²⁵; den gesamten volkswirtschaftlichen Schaden gibt sie mit 102 Milliarden Dollar an²⁶) addieren sich die Kriegsführungskosten der NATO und Jugoslawiens von etwa je sechs Milliarden Dollar²⁷. Die Bundeswehruniversität München prognostizierte unter Einbeziehung aller Faktoren bis Kriegsende etwa 55 Milliarden Dollar.²⁸ Dazu kommen die Aufwendungen für die Truppenstationierung im Kosovo, an die damals

23 Siehe Belgrad verurteilt 14 NATO-Politiker, in: junge Welt, 22. September 2000.

24 Siehe Mythen und Legenden der Aggressoren. Rechtfertigungsversuche von NATO und Bundesregierung und die Realität auf dem Balkan, in: Neues Deutschland, 24. März 2000.

25 Siehe »Unsere erste Aufgabe ist der Wiederaufbau«. Interview mit Aleksandar Rastoviæ, Führungsmitglied der Sozialistischen Partei Serbiens, in: Ebenda, 9. November 1999.

26 Siehe Hannes Hofbauer: Belgrad auf den ersten und den zweiten Blick, in: Ebenda, 9. Mai 2000.

27 Siehe Luftangriffe kosteten die NATO neun Milliarden Mark, in: Berliner Zeitung, 2. Juni 1999.

28 Siehe Teurer Krieg, in: Der Spiegel, 25. Mai 1999.

noch niemand dachte. Brigadegeneral a. D. Heinz Loquai schätzt die Kosten für die etwa 40 000 Mann im Kosovo auf jährlich 15 Milliarden DM. Allein auf Deutschland kämen zwei Milliarden DM pro Jahr zu, wobei von einer zwanzig- bis dreißigjährigen NATO-Präsenz im Kosovo ausgegangen wird.²⁹

Was hätte man erreicht, wären diese Mittel rechtzeitig in die sozio-ökonomische Entwicklung auf dem Balkan geflossen?

Und wurden nach der NATO-Besetzung des Kosovo Vertreibungen und Morde dort wirklich gestoppt, wenn man auf die schätzungsweise 350 000 bis 500 000 vertriebenen Serben, Montenegriner, Roma, Kroaten, Moslems und Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen aus diesem Gebiet³⁰ und wenn man an die zahlreichen Tötungsverbrechen an Menschen dieser Gruppen im Kosovo denkt?

Gerade von Militärs zu leisten ist schließlich die Analyse, ob überhaupt beziehungsweise welchen Beitrag die Streitkräfte tatsächlich zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit und zur Wahrung anderer hoher Werte der Gesellschaft leisten können. Und was es ökonomisch, geistig-gesellschaftspolitisch, aber auch entwicklungspolitisch bedeuten würde, Militär umfassend in die Lage zu versetzen, »Spielbein« der Politik zu werden, wie es ein früherer Generalinspekteur der Bundeswehr ausdrückte.

Klar ist: Wenn »früher oder später ... sich die stärkere militärische Macht auch auf politischem Gebiet vorteilhaft auswirken«³¹ soll, weil in der Geschichte »der politische Einfluß der Nationen etwa ihrer militärischen Stärke entsprochen«³² habe (Kissinger), dann muß auch die Bereitschaft zu Drohungen mit ihr und zu ihrem Einsatz vorhanden sein. Sonst bliebe sie ein Papiertiger. Begibt man sich aber, nur um des Exempels willen, in diese Logik, dann schält sich ganz abgesehen von den überragenden politischen Konsequenzen folgendes heraus:

Erstens: Die heutigen modernen Armeen sind einzig und allein auf den bewaffneten Kampf mit ihresgleichen vorbereitet. In ihrer Ausbildung, Ausrüstung und Motivation taugen sie nicht für Interventionen in den Bürger- und Guerillakrieg. Auch neue sogenannte Krisenreaktionsstreitkräfte ändern daran nichts wesentliches, weil auch sie ganz überwiegend auf den Kampf gegen geschlossene Formationen gut ausgerüsteter militärischer Kontingente, in der Regel von Staaten, ausgerichtet werden. Wenn man sich aber umschaute, dann handelt es sich bei den bewaffneten Zusammenstößen in der Welt, die angeblich nach einer Befriedung von außen rufen, zu etwa 90 Prozent um innerstaatliche beziehungsweise Bürger- beziehungsweise Guerillakriege. Von außen dort Soldaten einzusetzen, ohne daß wie in Haïti im September 1994 oder in Osttimor im September 1999 die Gewähr für einen kampflosen Einmarsch besteht, wäre völlig verantwortungslos. Hohe Opferzahlen schon bei den Interventionstruppen wären vorprogrammiert. Dies um so mehr, als diese Kriege von ihrer Natur her von allen Beteiligten besonders grausam geführt werden. Rasch kommt man in solche Konflikte hinein, hinaus – und das ist politisch und militärisch gemeint – um so schwerer. Wer nach den Desastern der USA in Vietnam und der Sowjetunion in Afghanistan dafür noch Beweise braucht, sollte fragen, warum die USA Kuba noch nicht angegriffen haben. Und warum die

29 Siehe Von der Erfindung »Hufeisenplan« zur neuen NATO-Strategie, in: Neues Deutschland, 22. September 2000.

30 Siehe Vertreibung aus Kosovo, in: Ebenda, 22./23. April 2000.

31 Henry A. Kissinger, a.a.O., S. 203.

32 Ebenda, S. 256.

NATO 1999 eben den Landkrieg gegen Jugoslawien doch nicht eröffnet hat. Und warum sie im Kosovo alles unternimmt, um sich auf keinen Fall in Scharmützel mit den Bürgerkriegsparteien verwickeln zu lassen. Die Antwort findet er unter anderem bei den bekannt gewordenen Untersuchungen Washingtons vor einer erwogenen militärischen Intervention in Nicaragua nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution 1979: Die militärische Supermacht entschied sich gegen die Intervention in dieses kleine mittelamerikanische Land, weil man Verluste von zigtausenden Soldaten befürchtete, die auch lange Jahre nach dem Vietnam-Debakel politisch nicht zu verkraften gewesen wären. Und zur Erinnerung: »Germans to the Front« war die Losung der USA bei der Aufstellung der Bundeswehr – Menschenverluste wollten die USA schon damals lieber den Verbündeten als sich selbst zumuten.

Zweitens: Selbst wer dies ausklammert, erkennt ohne Mühe, daß ein neutrales gewaltsames militärisches »Dazwischengehen« so gut wie unmöglich ist. In Bürger- und Guerillakriegen sind die Seiten unterschiedlich militärisch organisiert. Zumeist handeln auf der einen Seite reguläre Armeekontingente, auf der anderen Seite Untergrundkämpfer. Letztere sind durch fremde »Friedenserzwingungsstreitkräfte« kaum zu fassen. Demgegenüber bietet die andere Konfliktpartei mit ihren regulären Truppen die einzigen wirklichen Ziele. Das sind Konzentrierungspunkte, befestigte Stellungen, Kasernen, Flugplätze, Marinebasen, schweres Gerät und Marschkolonnen größerer Truppenteile. Allein durch diese unausweichliche Zielansprache und damit nur aus diesem militärischen Grund werden die »Friedenserzwingungsstreitkräfte« sofort Konfliktpartei für eine der beiden Seiten. Nicht umsonst wurde deshalb schon vor den NATO-Luftangriffen auf Jugoslawien gewarnt, daß im Kosovo nur serbische Ziele lohnende Ziele sein können, die NATO-Flugzeuge würden die Luftwaffe der UÇK. All das hat sich bewahrheitet. Wird auf der Basis einer solchen Begünstigung nur einer Seite der »Frieden« erzwungen, so kann dies nur ein Diktatfrieden sein. Er wird von der anderen Konfliktpartei niemals akzeptiert werden; die Konfliktursachen sind nicht beseitigt, sondern sie bestehen fort, neuer politischer und militärischer Sprengstoff wird angehäuft. Auch dies hat sich in und um den Kosovo vollauf bestätigt.

Drittens: Bisher ist es zur »Friedenserzwingung« durch Bodentruppen von außen weder in Bosnien-Herzegowina noch im Kosovo gekommen. »Friedenserzwingung« bedeutet nicht militärische »Drohkulisse«, sondern soll mit bewaffnetem Kampf und sogar Krieg durchgesetzt werden. Mit den NATO-Luftangriffen auf Jugoslawien war dies ja versucht worden. Doch trotz aller Siegespropaganda der NATO wird intern selbst von einem Fehlschlag gesprochen, so unter anderem der frühere britische Kommandeur der UNO-Schutztruppe für Bosnien-Herzegowina, General Michael Rose.³³ Von einem militärischen Sieg der NATO zu sprechen, nannte auch Klaus Schwarz von der namhaften Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen Unfug.³⁴ Wenn im NATO-Jugoslawien-Kosovo-Krieg überhaupt von »Friedenserzwingung« gesprochen werden kann (am Ende war es ein Kompromiß zwischen Jugoslawien und der NATO), dann beruhte sie im wesentlichen auf dem Luftterror der NATO

33 Siehe Britischer Militär: Luftkrieg war ein Fehlschlag, in: Neues Deutschland, 15. Juli 1999.

34 Siehe Stefan Leifert: Zweifel an der Kriegsbilanz der NATO-Experten, in: Berliner Zeitung, 16. September 1999, S. 10. Der erzielte Kompromiß zwischen Jugoslawien und der NATO bewahrte das Angriffssopfer vor der Besetzung seines gesamten Landes, wie es im Vertragsdiktat von Rambouillet vor Beginn der Luftangriffe vorgesehen war.

gegen die Zivilbevölkerung und zivile Infrastrukturobjekte sowie auf dem Einfluß Rußlands auf die Führung in Belgrad. Die militärischen Verluste der jugoslawischen Bundesarmee waren hingegen gering und nicht entscheidend für das Eingehen auf den Kompromiß.

Wer also in »Friedens erzwingung« eine realistische Möglichkeit sieht, muß sich über die Auswirkungen moderner Gefechtshandlungen, zumal bei den sich immer mehr verwischenden Grenzen zwischen Front und Hinterland beim Einsatz von Landstreitkräften, ein klares Bild machen. Unter diesen Auswirkungen leidet niemand mehr als die Zivilbevölkerung. Betrug das Verhältnis der Verluste Soldaten zu Zivilisten im Ersten Weltkrieg noch 95 zu 5 Prozent, im Zweiten Weltkrieg 55 zu 45 Prozent, so dürften »peaceenforcement«-Aktionen eine noch schlechtere Relation als im Vietnamkrieg ergeben, wo sie bei 1 zu 10 zuungunsten der Zivilisten lag.³⁵

Bei all den unfabbaren Nachrichten aus den Konfliktgebieten: Dieser Preis wäre ganz sicher zu Lasten unschuldiger Kinder, Frauen und Männer ungleich höher, erst recht, wenn es sich dann noch um einen sehr fragwürdigen Frieden handelt, als wenn geduldig und mit höchstem Engagement für die Betroffenen um eine Lösung ohne Gewalt von außen gerungen würde. Nicht der große Knüppel, sondern nur eine Politik des langen Atems kann dauerhaft und gerecht Frieden bringen.

Wesentliche Konsequenzen kommen hinzu, wenn man militärische Maßnahmen äußerstenfalls nicht ausschließt:

Erstens: Einem ersten Schritt folgt zwingend ein zweiter. Wer im Extremfall kämpfen lassen will, muß die Armeen darauf einstellen. Er muß die Voraussetzungen schaffen, auch kämpfen zu können: in der psychologischen Vorbereitung, in der Ausbildung sowie bei Waffen und Gerät. Dies bedeutet einen immensen finanziellen Aufwand. Bereits heute liegen die Forderungen der deutschen Generalität auf dem Tisch: Schaffung der Kapazitäten für strategische Aufklärung und Truppenführung; umfassende Einführung von Abstands- und Präzisionswaffen; Errichtung angemessener Luft- und Seetransport- sowie von Luftbetankungskapazitäten, wie sie heute nur die USA besitzen; Übergang zu einer neuen Qualität der Nachtkampffähigkeit; Ausbau der Krisenreaktionsstreitkräfte und Aufbau von Spezialkräften.³⁶ Wer sich schon jetzt als Großmacht fühlt³⁷, wird unter Umständen auch untersuchen, wie die anderen Großmächte den Luftkrieg in entfernten Regionen führen: mit Flugzeugträgern beziehungsweise strategischen Bombenfliegerkräften.

Neben neuem Kriegsmaterial müssen neue Ausbildungsanlagen und Ausbildungsprogramme her. Die Logistik und die Infrastruktur, bisher auf den großen Krieg in Europa ausgelegt, stimmen nicht mehr. Die Kosten in den nächsten zehn Jahren allein für Deutschland liegen mit Sicherheit im dreistelligen Milliardenbereich. Für die anderen NATO-Staaten beziehungsweise für Länder außerhalb des Bündnisses mit Stellvertreteraufgaben des Interventionismus sinngemäß. Alle diese Mittel gehen dem Hauptansatzpunkt für Konfliktverhütung verloren: der politisch-sozialen Prävention. Sie stärken darüber hinaus nur den Einfluß des Militärisch-Industriellen Komplexes der kapitalistischen Hauptmächte, was für die Zukunft verheerende politische Auswirkungen haben dürfte.

35 Mit diesem Verhältnis rechnete bei einer UNO-Konferenz zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten auch Dieter Kastrup, der deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen. (Siehe Deutschlandfunk, Köln, 23. Februar 1999. Informationen am Morgen, 6.15 Uhr.).

36 Siehe Klaus Naumann: Der Gewalt nicht nachgeben. Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz, in: Truppenpraxis, H. 11/1999, S. 732-742.

37 Siehe Gregor Schöllgen: Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9. Juni 2000, B 24, S. 6-12.

Zweitens: Wenn die Armeen der großen Mächte umrüsten, sind die Konsequenzen absehbar: »Veraltete« militärische Ausrüstungen im Wert von mehreren Hundert Milliarden Dollar müssen, der Kapitalverwertungslogik folgend, vermarktet werden. Sie drängen in die Dritte Welt, in die Schwerpunkt-Krisenregionen. Noch mehr Mittel werden der sozialen Entwicklung entzogen. Zugleich könnte die Bereitschaft zunehmen, nunmehr aufgerüstet die Differenzen mit dem Nachbarn gewaltsam zu lösen. Der Frieden hätte nichts, aber auch gar nichts gewonnen. Im Gegenteil.

Die Zeit drängt. Die Geschichte lehrt, daß militärische und Rüstungspotentiale – einmal geschaffen – eine Eigendynamik entwickeln und auf die Politik zurückwirken. Die Geschichte lehrt aber auch, daß Vertrauen zwischen Nationen, Völkern und Staaten sehr rasch zerstört, aber nur sehr langsam aufgebaut werden kann. Das Ende des Kalten Krieges hatte die einzigartige Chance auf eine historische Friedensdividende eröffnet. Die »Charta von Paris für ein neues Europa« des KSZE-Gipfels in der französischen Hauptstadt vom 19. November 1990 hatte das Ende des Zeitalters der Konfrontation und der Teilung des Kontinents proklamiert, soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit »für alle unsere Länder« verlangt, die volle Verwirklichung aller KSZE-Verpflichtungen eingefordert und ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit anbrechen sehen.³⁸ Vieles davon ist durch egoistische Großmachtspolitik, Krieg und überbordenden Nationalismus bereits verspielt worden. Die Politiker und alle Mächtigen dieser Welt sollten jene Einsicht beherzigen, zu der der späte Iulius Cäsar kam: Vorrang vor dem Triumph und den Lorbeeren eines Feldherrn gebührt demjenigen, der die Grenzen des Geistes erweitert.³⁹ Nicht militärische Muskelspiele oder gar rohe Gewalt können die Dinge der Welt richten, sondern nur eine kluge, ausdauernde und die Interessen aller berücksichtigende Friedenspolitik.

38 Siehe Ein neues Zeitalter. Charta von Paris für ein neues Europa, in: loyal, H. 2/1991, S. 22.

39 Siehe S. L. Uttschenko, a.a.O., S. 288.

Samstag, 6. April, 13 Uhr, bis 7. April 2001 in der
Gedenkstätte für die Opfer der NS-»Euthanasie« Bernburg

Schöne neue Welt – Perfektion oder Perversion?

Der Mensch als Optimierungsbild. Menschenwürde und Menschenbild angesichts pränataler Selektion. Heilungsversprechen oder Selektionspraxis aus der Sicht behinderter Menschen. Zum Einfluß der Medien auf die gesellschaftliche Meinung. Traditionslinien der Selektion von Menschen in Deutschland.

Veranstalter:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

*Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung
in Sachsen-Anhalt*

Anmeldung:

Tel.: 0391 73 3249 8083, e-Mail: bildungsverein.elbe-saale@t-online.de

Aldous Huxley schrieb zur 1953 gedruckten Auflage, seines 1932 erstmals erschienenen Romans »Brave new world«: *»Alles in allem sieht es ganz so aus, als wäre uns Utopia viel näher, als irgend jemand es sich vor nur fünfzehn Jahren hätte vorstellen können. Damals verlegte ich diese Utopie sechshundert Jahre in die Zukunft. Heute scheint es durchaus möglich, daß uns dieser Schrecken binnen eines einzigen Jahrhunderts auf den Hals kommt ...«*